

Meine Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

wir FREIE WÄHLER halten ein weiteres Versprechen: Die Sanierung kommunaler Schwimmbäder wird ab sofort gezielt gefördert. Um die Schwimmkompetenz von Kindern und Jugendlichen zu stärken, gibt der Freistaat **in den nächsten sechs Jahren 120 Millionen Euro für die Schwimmbadsanierung** aus. Die Bayerische Staatsregierung wird die im Koalitionsvertrag vereinbarten Mittel im Rahmen eines Sonderprogramms ‚Schwimmbadförderung‘ umsetzen. Interkommunale Lösungen werden dabei besonders berücksichtigt. **Für uns FREIE WÄHLER ist das ein Riesenerfolg**, hatten wir doch bereits vor zwei Jahren den entscheidenden Antrag gestellt, den wir als Regierungspartner nun umsetzen dürfen: **„In kommunalen Schwimmbädern nicht den Stöpsel ziehen! – Schulschwimmunterricht vor Ort fördern!“**

Denn wir sind überzeugt: Kinder müssen die Möglichkeit haben, bereits im Grundschulalter schwimmen zu lernen. Das gehört zu den lebenswichtigen Grundkompetenzen – wie Lesen, Rechnen und Schreiben. Außerdem muss es Eltern überall in Bayern möglich sein, regelmäßig mit ihren Kleinkindern ein Schwimmbad zu besuchen.

Dazu benötigen wir in ganz Bayern entsprechende Einrichtungen in zumutbarer Entfernung und zu familienfreundlichen Preisen.



**Prof. (Univ.Lima) Dr.
Peter Bauer, MdL**

*Patienten- und Pflegebeauftragter
der Bayerischen Staatsregierung
Pflegepolitischer Sprecher der FW-
Fraktion, Frankensprecher*

Im vergangenen Jahr bestätigte eine Sachverständigenanhörung im Landtag, dass immer weniger Kinder und Jugendliche in Bayern schwimmen können. Mitverantwortlich dafür ist auch der teils beklagenswerte Zustand zahlreicher kommunaler Schwimmbäder – weil viele Bürgermeister sich die Sanierung ihres Bades schlicht nicht mehr leisten konnten. **Das jetzt mit dem Koalitionspartner abgesprochene Sonderprogramm ist für uns FREIE WÄHLER der Einstieg in eine noch stärkere Förderung kommunaler Schwimmbäder.** Denn auf die sieben Regierungsbezirke Bayerns heruntergerechnet, reichen 20 Millionen Euro im Jahr nicht aus, um den gewaltigen Sanierungsstau ausbügeln zu können. Wir bleiben an dem Thema dran!

#



Wir setzen uns für die **Stärkung der betrieblichen Wertschöpfung und der individuellen Kaufkraft in den ländlichen Regionen Bayerns** ein. Denn eine gute Wirtschaftslage führt immer auch zur Steigerung der Lebensqualität. **Um die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern zu erreichen, brauchen wir effektive Maßnahmen.** Deshalb ist es unerlässlich, die regionalen Wertschöpfungsketten branchenübergreifend zu stärken. **Investitionen** in Handwerk, Gastgewerbe, Landwirtschaft und Lebensmittelversorgung sind **vor allem in strukturschwächeren ländlichen Gebieten von elementarer Bedeutung für die Weiterentwicklung der Wirtschaftsregionen.**

Besonders das Handwerk hat mit bürokratischem Aufwand zu kämpfen und sollte dringend entlastet werden, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Zur Umsetzung müssen mehr Investitionshilfen der LfA-Förderbank Bayern sowie regionale Fördermittel in den ländlichen Raum geleitet werden. Flankierend dazu unterstützen wir die „9-Punkte-Agenda für weniger Bürokratie im Handwerk“. **Durch dieses Maßnahmenbündel steigert sich die wirtschaftliche Attraktivität der ländlichen Regionen Bayerns weiter.**



Wir FREIE WÄHLER starten eine Initiative für ein Europäisches Jugendwerk! Viele Erfahrungen, die man im Kindes- oder Jugendalter macht, können für das spätere Leben sehr prägend sein. Wer etwa als Schüler oder beim Studentenaustausch mit jungen Leuten aus vielen anderen europäischen Nationen zusammengearbeitet oder seine Freizeit verbracht hat, wird Europa und dessen Institutionen als Erwachsener zu schätzen wissen. Wir haben uns mit einem Dringlichkeitsantrag erfolgreich für die **Einrichtung eines Europäischen Jugendwerks nach dem Beispiel des Deutsch-Französischen Jugendwerks** eingesetzt. Schulen, Verbände und Kommunen sollen in die Lage versetzt werden, bestehende Austauschprojekte ausbauen zu können. Denn wo Begegnung Raum findet, haben Vorurteile, Fake News und pauschales EU-Bashing keine Chance. Ein wirksames Mittel, um unempfänglich für populistische Parolen aus allen politischen Lagern zu werden.

#



Bayern wird seiner Vorreiterrolle bei erneuerbaren Energien wieder gerecht – dank der FREIEN WÄHLER. Wir setzen auf mehr Sonnenenergie sowie neue Reservekraftwerke und beweisen damit in der schwarz-orangen Koalition klares Profil. Es ist dem Kraftakt von Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger und einem Antrag unserer Fraktion zu danken, dass der Koalitionspartner sich bewegt hat. Nachdem der Bund die förderfähige Kulisse für Photovoltaikanlagen mehr als verdoppelt hat, konnten wir uns erfolgreich dafür einsetzen, dass davon auch Bayern profitiert. **Immerhin kann Photovoltaik grundlastfähig sein, wenn wir uns intelligenter Speichertechnologien bedienen.** Besonders wichtig ist uns beim Ausbau erneuerbarer Energieträger, dass die Faktoren **Naturschutz, Landwirtschaft und bezahlbare Energie gleichermaßen berücksichtigt** werden.

Rund sieben Milliarden Euro geben die Deutschen pro Jahr für Sportwetten aus. **Glücksspiel birgt aber immer auch ein Suchtrisiko** – mit teils existenzbedrohenden Folgen für die Betroffenen. Wir FREIE WÄHLER wollen verhindern, dass mancher Spieler zu illegalen Angeboten greift. **Deshalb muss der Sportwettenmarkt aus der rechtlichen Grauzone geholt werden.** Denn auf Jugendschutz und Kampf gegen Spielsucht kann der Staat nur lizenzierte Anbieter verpflichten. Eine entsprechende Initiative der Staatsregierung zur Änderung des Staatsvertrags ‚Glücksspielwesen in Deutschland‘ unterstützen wir daher. Wenn die Erlöse aus der Sportwettensteuer dann noch in den Breitensport fließen, hätten alle etwas davon.

#



Seit vielen Jahren bemühen wir FREIE WÄHLER uns, die **Schulen im Freistaat so inklusiv wie möglich** zu gestalten. Es geht **nicht allein um eine zahlenmäßige Erhöhung von pädagogischem Personal, sondern vielmehr um Kooperation, Vernetzung und Multiprofessionalität.** Mindestens 500 weitere Stellen für Schul- und Sozialpädagogen werden in den kommenden Jahren geschaffen. Darüber hinaus benötigen wir aber auch individuelle und bedarfsgerechte Lösungen vor Ort, zum Beispiel durch **Fachkräftepools.** Denn nicht jede Schule braucht dauerhaft alle Professionen. Heilerzieher, medizinisches Personal, Sozialarbeiter, Schulpsychologen: wo die Kompetenz des einen endet, greift nahtlos die nächste Schnittstelle. Fachkräfte können auf diese Weise an Schulen mit speziellem Bedarf eingesetzt werden. Diesen Ansatz wollen wir FREIE WÄHLER in Zukunft noch stärker verfolgen. Parallel dazu müssen wir Förderschulen für Kinder und Jugendliche, die entsprechenden Bedarf haben, unbedingt erhalten. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, um für unsere Schülerinnen und Schüler ein noch engmaschigeres Betreuungsnetz zu spannen.



Der illegale Welpenhandel muss endlich strafrechtlich verfolgt werden – das haben wir nochmals klargemacht. **Denn die bisherige strafrechtliche Einordnung als Ordnungswidrigkeit ist viel zu lasch, um auch nur im Ansatz abschreckend zu wirken.** Klare Regelungen brauchen wir auch für den Tierhandel im Internet: Nach wie vor erhalten zahllose Internethändler Welpen von osteuropäischen Massenzüchtern. Diese halten die Hunde in verschmutzten und viel zu engen Käfigen, füttern zu wenig und verzichten auf medizinische Betreuung der Tiere. Haben die Hündinnen geworfen, werden sie ausgesetzt oder brutal umgebracht. Durch die Anonymität etwa auf Portalen wie „eBay Kleinanzeigen“ sind Kontrollen und Rückverfolgungen durch Behörden derzeit beinahe unmöglich. Um die Machenschaften der Händler deutlich zu erschweren, setzen wir uns unter anderem dafür ein, den Handel mit Welpen im Internet einzuschränken. **Wir FREIE WÄHLER wollen nicht hinnehmen, dass Tiere bewusst gequält werden und unter katastrophalen Bedingungen leben müssen.**

Terminhinweis

Am Samstag, 8. Juni 2019, findet wieder das traditionelle Fischgrillfest der FREIEN WÄHLER Heilsbronn am Heilsbronner Münsterplatz (vor dem Konventsaal) statt. Beginn ist um 16.00 Uhr, Ende ca. 22.00 Uhr.

Wie alle Jahre zuvor gibt es wieder **leckere Forellen vom Grill, alternativ auch Grillsteaks und Bratwürste.** Für Stimmung sorgen auch in diesem Jahr wieder die **Shanty Piraten**, die uns mitnehmen auf große Fahrt nach Rio und Shanghai, Bali und Hawaii.

Wir Freien Wähler freuen uns auf euren Besuch.

Aktuelle Pressemitteilung vom 3. Juni 2019

Patienten- und Pflegebeauftragter warnt vor Spaltung der Gesellschaft beim Thema Organspende und ruft Politik zu vertrauensgewinnenden Maßnahmen auf.

Der Patienten- und Pflegebeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Prof. (Univ.Lima) Dr. Peter Bauer MdL, warnt anlässlich des „Bundesweiten Tags der Organspende“ vor einer Spaltung der Gesellschaft beim Thema Organspende. Der „Bundesweite Tag der Organspende“ wird seit über 35 Jahren am ersten Samstag im Juni begangen und soll danken, aufklären und gleichzeitig ein Zeichen für die Wichtigkeit der Entscheidung setzen. Prof. Bauer hält kontinuierliche Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit für unerlässlich, um so viele Menschen wie möglich, bei diesem emotionalen Thema als überzeugte Befürworter ‚mitzunehmen‘. Für den Beauftragten selbst liegen - nach Abwägung der derzeit diskutierten unterschiedlichen Lösungsansätze - die Vorteile bei der doppelten Widerspruchslösung. Die doppelte Widerspruchslösung sieht vor, dass sich jeder volljährige Bürger grundsätzlich entscheiden kann, ob er zur Organspende im Fall des eigenen Hirntods bereit ist.

Der „Bundesweite Tag der Organspende“ ist ein Tag, an dem ergreifende Schicksale von Patientinnen und Patienten im Fokus stehen. Es ist ebenso ein Tag all derjenigen Menschen, die Organe gespendet haben oder denen als Organempfänger ein neues Leben geschenkt wurde. In Deutschland standen im Jahr 2018 955 Organspendern rund 9.400 Menschen gegenüber, die auf ein Organ warteten. 3.790 (Lebendspender mitgerechnet) von ihnen hatten das Glück, rechtzeitig den richtigen Spender zu bekommen und konnten transplantiert werden. Jeder fünfte aber, der in Deutschland auf der Warteliste ist, verstirbt, bevor er ein neues Organ erhält. Das sind jedes Jahr rund 2.000 Menschen! Auch in Bayern warten rund 1.500 Patientinnen und Patienten auf ein Spenderorgan. Dabei wurden im Freistaat letztes Jahr nur 128 Organe gespendet – 15 weniger als noch im Jahr zuvor“, so Prof. Bauer. „Dies ist dramatisch!“

Der Patienten- und Pflegebeauftragte der Bayerischen Staatsregierung hält es für überaus wichtig, dass möglichst jeder Bürger eine informierte und selbstbestimmte Entscheidung über Organspende trifft und diese auch dokumentiert wird.

„Es ist gut“ betont Prof. Bauer, „dass wir eine breite gesellschaftliche Debatte über eine neue gesetzliche Regelung zur Entscheidung bei der Organspende führen. Diese Diskussion ist für mich als Patienten- und Pflegebeauftragter sowie langjährig praktizierender Arzt Ausdruck lebendiger Demokratie! Jeder von uns kann selbst in die Situation kommen, durch Krankheit oder Unfall ein lebensrettendes Organ zu benötigen. Ich plädiere daher, nach Abwägung aller Argumente, für die doppelte Widerspruchslösung. Demnach gilt jeder nach seinem Tod automatisch als Organspender, wenn er nicht vorher widerspricht. Jede Frau und jeder Mann kann jederzeit ‚Nein‘ sagen. Wer das ablehnt, wird in einem Register eingetragen. Auch Angehörige sollen noch im Sinne des Verstorbenen widersprechen können. Ein Gespräch mit ihnen wird demnach für Ärzte vor der Organentnahme ebenso Pflicht wie der Blick ins Register.“

Prof. Bauer sieht es jedoch als vordringliche Aufgabe der Politik, keine Spaltung der Gesellschaft bei diesem emotionalen Thema zu provozieren. „Die Diskussion darf nicht über die Gesellschaft hinweg, sondern auch und vor allem in und mit der Gesellschaft geführt werden“, betont Bauer. „Gerade die im Auftrag der Deutschen Stiftung Patientenschutz aktuelle Umfrage zeigt, dass wir eine Änderung unseres Transplantationsgesetzes brauchen. Denn den Umfragewerten zufolge, empfindet nur jeder Zweite das derzeitige deutsche System als gerecht! Dass sogar von einer Vertrauens- und Gerechtigkeitskrise im Zusammenhang mit Organspende gesprochen wird, müssen wir ernst nehmen!“, so Bauer. „Als Patientenbeauftragter fordere ich für die derzeitige Debatte daher noch mehr Information, noch mehr Anstrengungen zum Vertrauensgewinn und noch mehr Gerechtigkeit für Betroffene und Angehörige. Zu viele Menschen zweifeln an der Gerechtigkeit unseres Systems! Denn noch immer liegen Verteilungskriterien, Organisation und Durchführung sowie Kontrolle der Organtransplantation bei privatrechtlichen Akteuren der Selbstverwaltung. Hier muss die Politik ansetzen und Verbesserungen zum Wohle der Patientinnen und Patienten sowie deren Angehörigen schaffen!“

„Wer Beratung sucht“, so Prof. Bauer, „dem empfehle ich das von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) und der Deutschen Stiftung Organtransplantation (DSO) gemeinsam eingerichtete ‚Infotelefon Organspende‘. Ein sachkundiges Team beantwortet Anfragen und übersendet auf Wunsch auch Organspende-Ausweise sowie Informationsmaterial. Die gebührenfreie Telefonnummer lautet: 0800 / 90 40 400. Auch von den Internetseiten des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege kann der Organspende-Ausweis heruntergeladen und ausgedruckt werden (www.patientenportal.bayern.de/aufklaerung_vorbeugung/index.htm).“

#

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien frohe Pfingsten und eine erholsame Ferienzeit!



Euer Dr. Peter Bauer

Impressum

V.i.S.d.P.: **Abgeordnetenbüro**
Prof. (Univ. Lima) Dr. med. dent. Peter Bauer, MdL

Patienten- und Pflegebeauftragter der Bayerischen Staatsregierung
Pflegepolitischer Sprecher der FW-Fraktion
Frankensprecher, Kreisrat

Fraktion FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag
Weinbergstr. 47, 91623 Sachsen b. Ansbach
Tel.: 09827 – 207585
Fax: 09827 - 207586
Email: peter.bauer@fw-landtag.de

Internetseiten: www.frankensprecher.de
www.fw-landtag.de
www.fw-bayern.de

Facebook: <https://www.facebook.com/PeterBAUER.Frankensprecher>
Instagram: <https://www.instagram.com/peterbauerfrankensprecher>